

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 25 (2005)
Heft: 49

Artikel: Vom Einkommen zum Auskommen : zu Plausibilität und Kritik des garantierten Grundeinkommens
Autor: Schandl, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652638>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Einkommen zum Auskommen

Zu Plausibilität und Kritik des garantierten Grundeinkommens

Die Forderung nach dem Grundeinkommen hatte schon einmal Konjunktur. Das war Mitte der Achtziger des vorigen Jahrhunderts. Nun steht es abermals auf der Agenda. Befürworter des Grundeinkommens gehen schlichtweg von einem Allokationsproblem aus: Leute, die Geld haben sollen, haben keines. Geld für alle, lautet die Devise. Dem gesellschaftlichen *Geld-Haben-Müssen* setzt man ein entschiedenes „Unbedingt!“ entgegen. Der Menschen Pflicht soll zu einem Menschenrecht werden. Da die Marktwirtschaft nicht Geld für alle zur Verfügung stellt, soll Vater Staat einspringen. Dass er es kann, wird unterstellt und vorausgesetzt. Konstatiert wird ein Verteilungsdefizit, dem über staatliche Alimentierung abgeholfen werden soll.

Konventionelles Mittel

Insoweit ist jedes Grundeinkommensmodell vorerst ein weiteres konventionelles Mittel der Sozialpolitik. Auch bisher stammten ja schon beträchtliche Teile der Haushaltseinkommen aus sozialen Töpfen. Parallelen könnte man etwa in der gängigen Familienbeihilfe sehen, die einem automatisch Geld pro Kind zukommen lässt. Durch einen Basislohn soll die Zuteilung von Geldern nunmehr generell und nicht mehr speziell (nach einem festgelegten Bedarf) geregelt werden. „Ein Grundeinkommen muss einen individuellen Rechtsanspruch darstellen und darf nicht mit Bedarfs-gemeinschaften verrechnet werden. Es muss existenzsichernd sein im Sinne einer gesellschaftlichen Teilhabe und ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werden und darf mit keinem Zwang zur Arbeit verbunden sein.“ (Rätz et al. 2005, 12)

So entfällt beim Grundeinkommen die direkte Koppelung des Einkommens an die Arbeit, nicht jedoch die Koppelung von Geld und Leben, d.h. Geld und Arbeitsprodukte sind weiterhin zu tauschen, auch wenn die Ware Arbeitskraft nicht mehr benötigt wird. Ökonomisch bedeutet das Grundeinkommen nichts anderes als eine *Absicherung, kaufen zu können ohne verkaufen zu müssen*. Äquivalierung wird nach einer Seite hin gemildert, aber nicht insgesamt zurückgewiesen. Die indirekte Verknüpfung über Steuern ist wie bei anderen sozialstaatlichen Leistungen trotzdem gegeben.

Grundeinkommen meint auch nicht Negation der Arbeit. Es bekennt sich ausdrücklich dazu, dass jene, die arbeiten, weiterhin mehr Geld bekommen sollen als jene, die nicht arbeiten. Die Arbeit für den Markt wird

in typischer Weise höher veranschlagt als alles andere. Das Diktum „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ wird zwar durchbrochen – und das ist wichtig! –, allerdings hat jetzt bloss zu gelten: Alle sollen was haben, aber wer arbeitet, soll mehr haben. Das Leistungsprinzip, das ja eines des Kommerzes ist und keines allgemeiner Nützlichkeit, wird unbeanstandet gelassen, ihm wird lediglich eine untere Schranke eingezogen nach dem karitativen Motto: Wir können uns auch die Nichtleister leisten. Soziale Abwertung wäre dadurch gegeben, dass das Grundeinkommen die Bevölkerung fortan in zwei Gruppen einteilt: in Geber und Empfänger von Geld, in Financiers und Rentiers. Das birgt Sprengstoff. In einer Gesellschaft, in der Arbeit, Wert und Geld als das Wichtigste gelten, sind Empfänger arbeitslosen Einkommens weiterhin Menschen zweiter Klasse. Daran wird kein Grundeinkommen etwas ändern. Dieses wäre, so etwa der Chef der christdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre in Österreich, Fritz Neugebauer, „ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die voll im Arbeitsprozess stehen“ (Der Standard, 22. Oktober 2005).

Leim des Geldes

Ansonsten bleibt alles wie gehabt: die Produktion, die Zirkulation, die Konsumtion und selbstverständlich auch die Reproduktion. Die Produkte bleiben gleich, die Märkte bleiben gleich, Kauf und Verkauf bleiben gleich. Das einzige, was nicht gleich bleibt, sind Käufer, die nun alle über ein Mindestmass an Garantiescheinen verfügen, um Marktteilnehmer sein zu können. Womit freilich schon Grundsätzliches über das Grundeinkommen ausgesagt ist. Es ist ein absolut beschränktes Ziel. Das Problem wird an seiner oberflächlichsten Ebene behandelt. Es regiert der trotzig Standpunkt: Wer kein Geld hat, soll gefälligst welches bekommen, damit er oder sie existieren kann. Das ist zwar besser als das (marktliberale) Gegenteil, doch ebenso wie dieses klebt es am Leim des Geldes. Der gesellschaftliche Kreislauf wird damit überhaupt nicht tangiert. Im Gegenteil, man will dessen Ablauf garantieren.

Denn dass der Kapitalismus läuft, daran glauben die meisten. Er erscheint als die gesunde Kuh, die von den Falschen gemolken wird. Suggestiert wird, dass Geld genug vorhanden wäre, ja, dass Geld eigentlich kein Problem wäre, hätten nur alle genug davon. Kritisiert wird das fehlende Quantum, nicht die irre Qualität des Geldes. Geld wird verstanden als neutrales Kaufmittel. Dass es an Arbeit und Wert gebunden ist und ein Resultat des gesellschaftlichen Gewaltverhältnisses darstellt, ist ausgeblendet.

Irgendwie beschleicht einen das Gefühl, dass das schwarze Loch der völligen Orientierungslosigkeit durch eine neue Zauberformel gestopft werden soll. Einmal mehr agiert in den Grundeinkommensdebatten die Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, der im Sinne eines kurzfri-

stigen Ziels alle inhaltlichen Bezüge und radikalen Implikationen als dem Bündnis abträglich draussen haben will. Es handelt sich um eine Kampagne der obligaten Sorte. In praktizistischer Manier verkündet man die ganze Gemeinheit des Kapitals: „Wir wollen Geld!“ Was keine Bürgerseele (also niemand!) abstreiten kann, wird hier zum Programm erhoben.

Dass das Leben über Geld geregelt werden soll, ist den Grundeinkommensbefürwortern keinen kritischen Einwand wert. Es würde auch ablenken von der allzu schillernden Idee. Ware und Wert sind nicht Gegenstand der Reflexion und wenn schon, dann nur in der kruden Absicht, dass man sie haben will. Nicht das ökonomische Zwangsmittel wird beanstandet, sondern primär, dass nicht alle in den Genuss kommen, genügend Zwangsmittel einsetzen zu können. Die unmittelbare Notwendigkeit erhält Applaus, den sie in keiner Weise verdient. Der sozialen Ausgrenzung stellt man eine soziale Eingemeindung gegenüber. Der Grenzbalken ist weiterhin das Geld, dessen Besitz entscheidend ist und bleibt. Positives Denken regiert: *Geld ist nur schlecht, wenn man es nicht hat.*

Alles Markt? Alles Arbeit?

Der Markt ist eine Grösse, die sich reell alles unterwirft, doch heisst das noch lange nicht, dass alle Bereiche auch nach dessen Gesetzen funktionieren. Die Macht des Marktes beruht auf der Aneignung der Resultate, nicht auf der Normierung aller Abläufe. Der Markt konsumiert diverse Gratis“arbeiten“ in hohem Ausmass. Sie sind Bestandteil der organischen Zusammensetzung des Kapitals, ohne in dessen Wertzusammensetzung aufzuscheinen. Diese Geschicke und Vermögen gehen ein, ohne dass formelle Rechts- und Tauschakte gesetzt werden, sie sind quasi die informelle Seite des Kapitals. Jene sind wertrelevant, aber nicht unmittelbar wertbildend. Was die Sache nicht einfacher macht, auch nicht in der Analyse. Aber das wäre schon ein anderes spannendes Thema.

Wichtig ist allerdings festzuhalten, dass mit der Forderung nach einem Grundeinkommen ein Programm weiterer Kommodifizierung vertreten wird, was meint, dass die informelle Seite des Kapitals auch via monetärer Anerkennung formalisiert werden soll (als Beispiel sei hier die Debatte über die Entlohnung für Hausarbeit genannt). Eingeklagt wird also, dass bestimmte Tätigkeiten deswegen nichts wert sind, weil sie nicht als Arbeit gelten. Zu betonen ist jedenfalls, dass zahlreiche und vor allem sinnvolle und unumgängliche Tätigkeiten nicht via Markt geregelt sind: Erziehung, Betreuung, Nachbarschaftshilfe, Bildung, Alltagskommunikation, Nachdenken, Üben, Lernen, Vereinstätigkeiten, der ganze emotionale Bereich der Liebe, Freundschaft, Bekanntschaft. Problematisch ist zweifelsfrei ihre Geringschätzung, nicht aber, dass sie nicht als Arbeit anerkannt werden.

Der Arbeitsbegriff der Arbeitsgesellschaft kommt von der Lohnarbeit her und von ihr auch nicht los. Diese Kategorie stellt schon in seinem

Gebrauch ein inakzeptables Dogma dar. Nicht, dass alles als Arbeit gelten soll, ist das Ziel, sondern dass sich die Gesellschaft von der Arbeit und dem hinterhältigen Arbeitsbegriff emanzipiert. Was viele Grundeinkommensbefürworter verbindet, ist denn auch die saloppe Ausweitung des Arbeitsbegriffs (Reitter 2004, 27ff., Binger 2005, 26f.). Auch diverse Beiträge auf dem Anfang Oktober 2005 in Wien abgehaltenen „Grundeinkommen-Kongress“ weisen in diese Richtung (siehe: www.grundeinkommen2005.org): Hausarbeit, Eigenarbeit, freiwillige Arbeit, alles soll unter die selbe Kategorie subsumiert und geadelt werden. Dieser Arbeitsbegriff ist ein positiver, er beklagt, dass gewisse Tätigkeiten in ihm nicht berücksichtigt werden, also die Exklusivität, die die Kategorie auf die Lohnarbeit zentriert.

Defensive Massnahme

Trotzdem wollen wir vorerst unsere Einwände zügeln und andere Aspekte ins Zentrum rücken. Immanent betrachtet ist dem bedingungslosen garantierten Grundeinkommen eine gewisse Plausibilität nämlich nicht abzusprechen. Solange Menschen kaufen müssen, sind ihnen die Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Die Alternativen dazu wären ja Obdachlosigkeit, Hunger und Verelendung. Also genau das, was sich heute abzeichnet, auch in den Metropolen, und zunehmend nicht mehr bloss an deren Rändern. Dass die Leute am Markt nicht vor die Hunde gehen sollen, ist dabei ebenso wichtig wie die Tatsache, dass sie durch den Staat oder quasistaatliche Instanzen (Arbeitsmarktservice, Sozialamt etc.) nicht Repressionen und Demütigungen ausgesetzt werden.

Dem Kapitalismus die eigene Melodie vorspielen, heisst doch auch, dass, wenn eine Gesellschaft ihre Mitglieder zwingt, mit Geld zu verkehren, umgekehrt die Mitglieder die Gesellschaft zwingen müssen, ihnen Geld zu geben. Das mag illusorisch sein als Ziel, aber keineswegs als Vorstellung, auch wenn man sich der überaffirmativen Note bewusst sein soll. Solche Forderungen sind nicht schräger und auf keinen Fall impertinenter als der Kapitalismus selbst.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre zumindest eine Sozialleistung, der man nicht nachlaufen müsste, die keine bürokratischen Hürden kennt und die Rechte nicht an Pflichten (Arbeitspflicht oder Versicherungspflicht) bindet. Es mag zweifelhaft sein, ob es den kapitalistischen Staaten abgerungen werden kann, aber es ist ein Ansinnen, das, wenn es nicht isoliert auftritt, Sinn macht. Das Grundeinkommen wäre weiters entlastend für die lädierte Psyche vieler Menschen, es hätte *entängstigenden* Charakter, weil die Bittstellerei und Ansucherei sich doch erheblich minimierte. Das Grundeinkommen wäre zwar kein Schritt *aus* der Misere, zweifellos aber eine Art Schutzschild *in* der Misere. Somit soll es nicht verachtet werden.

Unsere Sympathie gilt einem sehr pragmatischen Zugang. Die Leute leben hic et nunc, und deswegen sind ihre unmittelbaren Interessen ernstzunehmen. Freilich wiederum nicht so ernst, dass sie zur alleinigen Richtschnur des Verhaltens werden. Das soziale Interesse ist uns nicht positiver Bezugspunkt, sondern negativer Zwang. Das Grundeinkommen ist tauglich als eine defensive Massnahme.

Kosten und Leisten

Es ist allerdings zu fürchten, dass am Schluss ein Armengeld rauskommt, eine Abspeisung in monetärer Form. Dass das Grundeinkommen erstens nicht nur schmal ausfällt, sondern zweitens eine bedarfsorientierte Variante mit Pflichten sein wird, und drittens mithilfe der allseits propagierten Entbürokratisierung andere Leistungen gekürzt oder gestrichen werden. Zu hoch wird es schon deshalb nicht sein, damit die Lohnarbeiter und vor allem die Lohnarbeiterinnen sich nicht aus den Billigbranchen verabschieden. Es wird also kaum zweckdienlich sein für jene, die aus der Beschäftigung raus wollen, aber gerade mal ausreichen, mehr schlecht als recht über die Runden zu kommen.

Spielen wir es in einem Fall durch: Was sollte eine Textilarbeiterin in ihrem Beruf halten, wenn die Differenz zum Grundeinkommen gering ist? Und jetzt sage niemand, dann soll man sie halt ordentlich bezahlen. Die ‚ordentliche Bezahlung‘ würde nichts anderes bewirken, als ihren Arbeitsplatz in Windeseile wegzurationalisieren. Die Wertschöpfungspotenz dieser Lohnarbeit ist nicht grösser, als sie ist. Wenn Brötchen am Markt 30 Cent kosten, dann verdient ja derjenige, der sie um 90 Cent verkaufen möchte, nicht nur nicht das Dreifache, sondern im Normalfall nichts. Lukrativ könnte das Grundeinkommen aber nur für Niedriglohnbezieher sein.

Womit nicht gesagt werden soll, dass das Grundeinkommen nicht finanzierbar ist, das ist wahrhaftig nicht unser Kriterium, wohl aber gehen wir davon aus, dass der Staat und alle seine realpolitischen Vertreter diesen Aspekt absolut setzen. Auch die realistischen Vertreter des Grundeinkommens rechnen, was sich ausgeht und was nicht, wo der Staat sparen kann, welche Sozialleistungen ersetzt werden könnten etc. Man ist einmal mehr in der Kostenfalle gelandet. „Was können wir uns leisten?“ übersetzt das bürgerliche Subjekt sofort in „Wieviel Geld brauchen wir?“, „Woher nehmen wir die finanziellen Mittel?“ Folgen der Kommodifizierung sollen durch weitere Kommodifizierung gelöst werden.

Extraordinäres Geld?

Aber nicht alle Vertreter des Grundeinkommens lassen sich die Kostenfrage aufoktroyieren. Obwohl Stichwortgeber für so manches, kommt einer

in eigenartiger Weise kaum vor in den gegenwärtigen Diskussionen: André Gorz. Vielleicht auch deswegen, weil er nicht ganz ins allgemeine Bild passt. Auch in das von uns gezeichnete nicht. Gorz schreibt bereits in seinem 1997 in Frankreich erschienenen Buch „Arbeit zwischen Misere und Utopie“: „Ein allen garantiertes, *ausreichendes* soziales Grundeinkommen untersteht einer umgekehrten Logik: Es soll nicht mehr diejenigen, die es beziehen, zu jeder beliebigen Arbeit unter allen Umständen zwingen, sondern es zielt auf deren Befreiung von den Zwängen des Arbeitsmarktes ab. Es soll ihnen ermöglichen, ‚unwürdige‘ Arbeit und Arbeitsbedingungen abzulehnen, und es soll darüber hinaus *einem sozialen Umfeld* zugehören, *das jedem Einzelnen erlaubt, jederzeit zwischen dem Nutzwert seiner Zeit und ihrem Tauschwert zu entscheiden*, das heisst zwischen den ‚Gebrauchswerten‘, die er durch den Verkauf seiner Arbeitszeit erwerben, und den Nutzwerten, die er durch eigenständige Verwendung dieser Zeit schaffen kann.“ (Gorz 2000, 115-116) „Denn nur die Bedingungslosigkeit kann die Unbedingtheit der Aktivitäten wahren“ (ebd., 126)

Er präsentiert zweifellos eine äusserst radikale Variante dieser Forderung, distanziert sich auch von Bürgergeld-Debatten (ebd., 124f.) und weist Vorschläge Richtung „pflichtmässiger wohltätiger Arbeit zurück“ (ebd., 122). Er stellt sich dezidiert gegen das Wertgesetz (ebd., 129) und verwirft in geradezu kühner Manier die Finanzierungsfrage. „Dass folglich Existenzgeld kein ordinäres Geld sein kann und nicht durch die steuerliche Abschöpfung eines Teils des betrieblich ausgepressten Mehrwerts finanzierbar ist, ist ganz offensichtlich. Eine Ökonomie, die immer mehr Waren in immer weniger kapitalproduktiver Arbeit erzeugt, eine Ökonomie also, die dank Produktivitätssteigerungen, selbst bei steigender Produktion immer weniger Zahlungsmittel ausschüttet, kann nicht steigende Transferleistungen durch die Besteuerung von Löhnen und Mehrwert finanzieren. Arbeitslöhne, variables Kapital können folglich nicht länger das entscheidende Verteilungsmedium des produzierten Reichtums bleiben. Geld in seiner herkömmlichen Form muss von anderen Verteilungsmedien komplementiert oder ersetzt werden. Sein mystischer Schleier zerreisst. Die Existenzgeldforderung verweist im Grunde auf die Notwendigkeit einer anderen Wirtschaft, auf das Ende des Geldfetischismus und der Marktgesellschaft.“ (Gorz 2004, 80)

D'accord. Hier ist zweifellos eine Richtung vorgezeichnet, die nicht allen Befürwortern des Grundeinkommens schmeckt. Der traditionelle sozialstaatliche Umverteilungsmechanismus ist in diesem Modell jedenfalls nicht die Anrufungsbehörde, bleibt aber die Auszahlungsinstanz. Da der Kapitalismus immer weniger Zahlungsmittel ausschütten kann, will Gorz immer mehr Zahlungsmittel ausschütten. An einer Stelle deutet er sogar die Sprengung des monetären Charakters an, ohne sie allerdings konsequent auszuführen: „Die Distribution der Zahlungsmittel wird keine Entlohnung mehr sein, sondern das, was Duboin bereits ein ‚soziales Grundeinkommen‘

nannte.“ (Gorz 2000, 131) Allerdings stellt sich die Frage, warum Gorz dann die soziale Sicherung weiterhin über Geld bewerkstelligen möchte. Das suggeriert zumindest, dass sich dieses auch substanziell von Arbeit und Wert loslösen liesse. Dieser Charakterwechsel ist äusserst fragwürdig. Unter gegebenen Rahmenbedingungen kann dies wohl nur zu weiterer Staatsverschuldung und Inflation führen (vgl. Schandl 2005, 22).

Ohne Geld!

Zurück zum Ausgangspunkt. Konkrete Bedürfnisse artikulieren sich stets in vorgefundenen Konventionen. Man sollte sie daher nicht denunzieren, andererseits aber auch nicht als vorgegeben akzeptieren. Sozialkritik und transvolutionäre Praxis auf der Höhe der Zeit müssten diese Interessen anerkennen, aber permanent auf ihre subjektiven Beschränktheiten als Folge objektiver Beschränkungen verweisen. Es gilt sich solidarisch, aber nicht sich opportunistisch zu verhalten.

Jeder soziale Kampf ist einer ums Geld. Damit ist seine Formbestimmung als Grundproblem bereits ausgesprochen. Eins kapriziert sich deswegen so auf die monetäre Form, weil die ganze Gesellschaft wie betäubt auf das Geld starrt. Dass man ein *Einkommen* haben muss, ist nicht länger als Apriori hinzunehmen. Radikal ist nicht die Forderung nach einem Grundeinkommen, sondern nach einem *Auskommen* für alle, was meint, dass Produkte und Leistungen für alle direkt und frei zugänglich sind. Geld abschaffen? Aber selbstverständlich! Nix kaufen, nix tauschen, nix handeln? Genau das!

Man könnte die Versorgung der Menschen auch ganz anders angehen, indem man etwa die kostenlose Nutzung vorhandener Infrastruktur in den Mittelpunkt stellt: Bäder, Bibliotheken, Spitäler, U-Bahnen und Eisenbahnen, oder auch Universitäten und Fortbildungskurse könnten gratis sein. Möglichst alle öffentlichen Einrichtungen sollten freigegeben werden, auch Theater, Konzerte, Galerien. Und Grundnahrungsmittel. Warum nicht? Was das Leben nährt, ist vornehmlich materieller, geistiger und emotioneller Natur. Das Monetäre erzielt das höchstens auf einem Umweg.

Es geht um die Sozialisierung von Räumen und Zeiten durch die Menschen, nicht um das Weitertreiben der In-Preis-Setzung aller Kommunikationsfelder. Um *Dekommodifizierung des Alltags*. Das bedeutet auch, dass gerade der unselige Wertbegriff in allen seinen Varianten als negative Kategorie zu denken ist, nicht als positiver Bezugspunkt; als etwas, das uns in Beschlag nimmt, nicht was wir in Beschlag zu nehmen haben. Das ist allerdings schwierig, vor allem deshalb, weil der Wert und die Werte in der Alltagssprache eine heilige und somit heillose Funktion erfüllen. Schon ihre sprachliche Verwendung vollzieht sich als Bekenntnis. Wir sollten uns darin üben, unsere Wünsche und Bedürfnisse nicht automatisch in Grössen des Geldes und seines Fetischismus zu denken, sondern als unmittelbare

Anliegen anzusehen. Geld hat keine befreiende Wirkung, sondern eine einschnürende. Auch wenn man genug hat. Es ist immer bedroht: vom Warenhunger, von Inflation und Spekulation, von anderen ordinären Zu- und Überfällen. Keine Hortung macht es sicher. Geld macht nicht glücklich, nur Glück macht glücklich.

In Kopf und Bauch müsste rein, dass der Zugang zu den Gütern über ein Einkommen eine wahnwitzige und keineswegs unhintergehbare Form der Distribution darstellt. Wenn genug da ist für alle, warum muss es über Geld verhandelt werden? Wozu muss das stoffliche und zeitliche Rechnungswesen mit einem monetären belastet werden? Was ist so unvorstellbar an einer direkten Kommunikation von Gütern? Warum müssen sie als Waren auf den Markt gebracht werden? Die banale Frage zum Schluss kann nur lauten: Was gilt es zu ermöglichen und zu garantieren? Das Leben oder das Kaufen? Und niemand sage, das sei kein Unterschied. Es ist letztlich einer ums Ganze!

Literatur

- Binger, Thomas, 2005: Jenseits von Staat und Arbeit. In: Volksstimmen, Nummer 5, Februar, Wien
- Exner, Andreas, 2005: Geld für Alle = Alle für Geld? Zur Debatte um das Grundeinkommen. In: Streifzüge, Nummer 33, März, Wien
- Gorz, André, 2000: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt/M.
- Gorz, André, 2004: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie. Zürich
- Lohoff, Ernst, 2005: Die dritten Zähne des Antikapitalismus. Grundsätzliches zum Grundeinkommen. In: Streifzüge, Nummer 34, Juli, Wien
- Opielka, Michael / Vobruba, Georg (Hg.), 1986: Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektive einer Forderung. Frankfurt/M.
- Rätz, Werner / Paternoga, Dagmar / Steinbach, Werner, 2005: Grundeinkommen: bedingungslos. Hamburg
- Reitter, Karl, 2004: Garantiertes Grundeinkommen jetzt! In: Grundrisse, Nummer 12, Winter 2004. Wien
- Schandl, Franz, 2005: Wissen contra Verwertung. Auf dem Weg zum Wissenskommunismus? In: Streifzüge, Nummer 32, Wien
- Der Standard, 22. Oktober 2005, Wien
- www.grundeinkommen2005.org